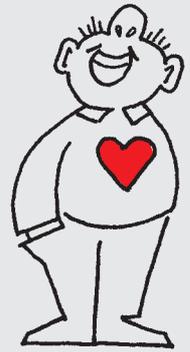


# MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze

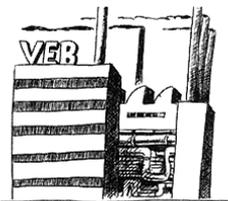


10/2010

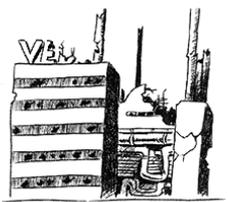
**DIE LINKE.** -Zeitung für Forst und Umgebung

Ich sage Ihnen, meine lieben Mitbürger, voraus, dass die neuen Bundesländer in drei, vier Jahren, oder vielleicht in fünf Jahren, aber bestimmt nicht später, blühende Landschaften sein werden.

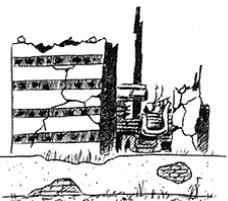
Helmut Kohl, 1990



...WIE...



...AUS DEM...



...AUFBAU OST...



...BLÜHENDE...



...LANDSCHAFTEN ENTSTANDEN

Klaus Stuttmann

## 20 Jahre Deutsche Einheit

### Wenig Grund zum Feiern



**1990 versprach Bundeskanzler Kohl (CDU) blühende Landschaften. Zwei Jahrzehnte später ist die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt katastrophal. Das zeigt eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.**

Der Osten wurde zum Experimentierfeld für den Abbau regulärer Arbeitsverhältnisse. Vollzeitarbeit ging verloren, prekäre Beschäftigung nahm zu. Die miserablen Arbeitsverhältnisse üben Druck auf den gesamtdeutschen Arbeitsmarkt aus. Ein arbeitsmarktpolitischer Kurswechsel ist notwendig. Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse der Anfrage. ... Die Bundesregierung äußert sich zu Beginn ihrer 30 Seiten umfassenden Antwort optimistisch. Im Jahr 1990 hätte sich »die DDR in einem desolaten Zustand« befunden. »Vor diesem Hintergrund schätzt die Bundesregierung die heutige Arbeitsmarktsituation in den fünf neuen Bundesländern insgesamt positiv ein.« Nach tiefen Einschnitten Anfang der 1990er-Jahre hätte sich die Lage »mittlerweile grundlegend verbessert«, die Arbeitslosigkeit sei von 2005 bis 2009 um 500 000 gesunken. Allerdings: diese Entwicklung beruht nicht auf einem Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt. Mehr als ein Drittel dieser Entwicklung beruht auf einem demografischen Effekt: 186 000 Menschen mehr schieden aus Altersgründen aus der Erwerbsfähigkeit aus als Junge eintraten. Noch stärker ins Gewicht fällt die Abwanderung in den Westen ...

Tatsächlich entstanden in den neuen Bundesländern in der Zeit des Aufschwungs nach 2005 bis zum Jahr der Krise 2009 kaum neue Arbeitsplätze, vor allem keine Vollzeitarbeitsplätze ... Noch dramatischer wird das Bild, schaut man sich den gesamten Zeitraum seit der Wende an. Zwischen 1992 und 2009 gingen in den neuen Bundesländern 1,5 Millionen oder 27 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjobs verloren, in den alten Bundesländern 11 Prozent. Einen großen Beitrag dazu leistete – neben der Deindustrialisierung – der beispiellose Ab-

bau von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst ...

Deutlich gewachsen ist in Ost wie West dagegen die atypische Beschäftigung, also Arbeitsverhältnisse jenseits der unbefristeten Vollzeitarbeit. Dazu zählen die befristete Beschäftigung, Leiharbeit, Minijobs und eine oftmals unfreiwillige Teilzeitarbeit ...

Mehr als bedenklich ist der Kahlschlag in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. In den neuen Bundesländern halbierten sich die Ausgaben für Arbeitsförderung zwischen 1991 und 2009 von 10,8 Mrd. Euro auf 5,4 Mrd. Euro. Bei gleichzeitig steigenden Unterstützungsleistungen fiel damit der Anteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik an den Gesamtausgaben des Bereiches Arbeitsmarkt von 70 Prozent auf 38 Prozent. Und nun will die Bundesregierung eine weitere Sparrunde einläuten.

**Fazit: Für eine Arbeitsmarktwende im 20. Jahr der Deutschen Einheit ist die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ernüchternd.** Das Versprechen von den blühenden Landschaften wurde nicht eingelöst. Schlechte Arbeitsverhältnisse sind nicht allein ein Problem der Menschen in den neuen Bundesländern. Der gesamtdeutsche Arbeitsmarkt steht unter Druck. Erwerbslose und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ost wie West haben ein gemeinsames Interesse an einem arbeitsmarktpolitischen Kurswechsel. **Gute Arbeitsmarktpolitik heißt: Die Hartz-Gesetze gehören vom Tisch. Leiharbeit und Minijobs sind zu beschränken statt zu fördern.**

► S. 2

### Spruch des Monats

»In memoriam memoriae

Die Erinnerung ist eine mysteriöse Macht und bildet die Menschen um.

Wer das, was schön war, vergißt, wird böse.

Wer das, was schlimm war, vergißt, wird dumm.«

Erich Kästner

## Schorschels Stadtgeflüster

*Ich habe Angst, liebe MB-Freunde, höllische oder besser gesagt ordnungsamtliche Angst und deshalb ein zitterndes Halllöchen!*

*Angst nicht etwa nur, weil der freundliche Streifenpolizist auf der Straße fehlt, nein, viel mehr vor den Abgesandten des Ordnungsamtes: Die Leine meines Hundes ist nämlich 7 mm zu lang! Und nun weiß ich nicht, ob das den vielfach scharfäugigen frommeltischen Scouts entgeht? Hoffnung auf Nutzung des Ermessensspielraumes habe ich nicht, denn zu sehr sind sie mit der Jagd auf zu schmale Parkscheiben oder auf nicht angeleinte Hunde älterer Damen beschäftigt, so dass sie nicht mal Zeit haben (oder gibt es einen anderen Grund), die Trinkgelage einiger Ur-Forsster auf den bekannten Plätzen durch ihre Anwesenheit zu bereichern. Vielleicht irre ich mich, vielleicht muss ich nicht wegen der Leine vor das Oberlandesgericht, vielleicht sind alle Bußgeldverteiler des Amtes viel freundlicher, als wir wissen, und alles war nur ein Versehen!? Lassen wir uns bei der nächsten nicht im rechten Winkel hinterlegten Parkscheibe einfach überraschen und erfreuen uns bis dahin an dem schönen Herbstwetter. Ach so, und Rainer, schmeiße nicht weiter mit Eisenkugeln, spiele lieber Schach, das macht auch Spaß.*

Euer *Schorschel*

## Wenig Grund ...

(Fortsetzung von Seite 1)

**Wir brauchen eine Arbeitslosenversicherung, die diesen Namen verdient, statt dem schnellen Absturz in Hartz IV. Der Zwang, jede auch noch so schlechte Arbeit anzunehmen, gehört abgeschafft, ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt. Wir brauchen ein großangelegtes Investitionsprogramm, um Millionen neue, reguläre Arbeitsplätze zu schaffen. Ziel muss es sein, das Normalarbeitsverhältnis mit gesichertem Ar-**

**beitsplatz und guter Entlohnung zu schützen und auszubauen. Jüngste Beschlüsse der Bundesregierung zu Hartz IV, Leiharbeit und Sparpaket weisen aber in eine andere Richtung. Dagegen muss es Widerstand geben. Deshalb sind die Herbstproteste so wichtig.**

**MdB Sabine Zimmermann  
Arbeitsmarktpolitische Sprecherin**

(Mehr zu diesem Thema unter [www.sabine-zimmermann.info](http://www.sabine-zimmermann.info) Oktober 2010)

Dazu eine Karikatur aus einem Programmheft der »Distel«

## Gesundheit ist keine Ware!

**Gemeinsam gegen die Einführung einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen**

**Nun ist es fast perfekt, das Bundeskabinett hat die Gesundheitsreform 2010 beschlossen. Das Reformwerk soll zum 01. Januar 2011 in Kraft treten.**

Dieses Gesetz ist nicht zustimmungspflichtig durch den Bundesrat. Der Bundestag hat sich am 30.09. in einer ersten Lesung mit dem Gesetzentwurf befasst. Das soll sich ändern:

- Anhebung des allgemeinen Beitragsatzes von 14,9 auf 15,5 Prozent,
  - Aufhebung der 3-Jahres-Wechselfrist zum Wechsel in die PKV für Angestellte,
  - Aufhebung der Deckelung für Zusatzbeiträge bei den gesetzlichen Krankenkassen,
  - Einführung eines Sozialausgleichs bei Überforderung durch den Zusatzbeitrag
- Dieses Gesetz verstärkt die Zwei-Klassen-

Medizin und hebt das Solidarprinzip auf. Die Einführung der Kopfpauschale als Grundprinzip zur Finanzierung des Gesundheitssystems kann in einem breiten Bündnis verhindert werden. Es gibt eine Alternative – die Einführung einer Bürgerversicherung. Druck ist erforderlich. Jeder kann sich an der Unterschriftenaktion des DGB beteiligen. Die öffentliche Petition, für die auch die Unterschriften-Listen genutzt werden, ist vom Bundestag angenommen worden und ist online zu finden unter <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?PHPSESSID=262fd2fe6a171e04770c1acfa8276aa&action=petition;sa=details;petition=14071>

Die Petition kann bis 16.11. 2010 mitgezeichnet werden. **Anke Schwarzenberg  
Ortsvorsitzende**

## Eine sachliche Debatte ist gefragt!

**Am 27.09.2010 hatte der Ortsverband der LINKEN zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema Polizeireform eingeladen.**

Als Gäste konnten wir den stellv. Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag, Stefan Ludwig, Holger Schniffner von der Polizeigewerkschaft Cottbus und Jürgen Maresch, MdL, begrüßen. Schnell war klar, dass die Polizeireform nicht nur Zustimmung findet.

Im Ergebnis dieser Diskussion konnten wir folgendes Fazit ziehen:

- um Polizeiarbeit mit weniger zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln erfolgreich zu gestalten, ist eine Reform notwendig
- die Bildung eines Polizeipräsidiums

und der vier Direktionsbereiche fand von allen Seiten Zustimmung

- einig waren wir uns darüber, dass Polizeipräsenz in der Fläche nicht weniger werden darf
- die Entscheidung zur Schließung bzw. Umgestaltung von Polizeiwachen in Reviere oder Posten darf nicht an Kommunen, Landesparlament und Polizeigewerkschaft vorbei, durch die vier Direktionsbereiche erfolgen.

Die Personalreduzierung fand nicht bei allen Zustimmung.

Wir stellten klar, die Diskussion zur Polizeireform hat erst begonnen und wir als LINKE werden sie begleiten, sachlich und konstruktiv. **Anke Schwarzenberg  
Ortsvorsitzende**

## Leserpost

*5 Euro mehr für Hartz-IV-Empfänger und auch Geringverdiener, die nun Aufstocker sind – das ist eisige soziale Kälte.*

*Hoteliers und Bankmanager erhalten Gelder in Milliardenhöhe ohne jegliche Diskussion. Für Langzeitarbeitslose, die sich das nicht ausgesucht haben, für Kinder, Geringverdiener und Rentner ist kein Geld da. Diese Regierung spricht davon, Hartz-IV-Empfänger in Arbeit zu bringen. In Arbeit, in 1-€-Jobs?*

*Hundert Milliarden wurden zur Bankenrettung bereitgestellt. Damit nicht genug, weitere Milliarden wurden bereits wieder von der Deutschen Bank einkassiert.*

*Weil die FDP und die Union von Spendengeldern der Banken und Versicherungen finanziert werden, müssen sozial Schwache die Zeche der Finanzkrise bezahlen. Ein Sozialabbau in noch nie dagewesener Größenordnung hat begonnen. Mit dieser Sparpolitik wird die wirtschaftliche Krise verschärft. Das ist nicht die Regierung des Volkes. Hier ist massiver Widerstand erforderlich.*

**Elke Krätsch**



## Der Landrat und die Bürgermeister von CDU und FDP aus unserer Region laufen Sturm gegen eine Reform, die es noch gar nicht gibt.

Der Brandenburgische Landtag beginnt in diesen Tagen mit der Beratung zur Polizeireform. Basis dieser Reform ist ein Fachgutachten von leitenden Juristen und Polizeibeamten. Die Aufgabe des Innenministeriums bestand und besteht darin, eine Polizeistruktur zu entwickeln, die für alle Bürger einen hohen Sicherheitsstandard gewährleistet und gleichzeitig weniger Geld kostet. Dies ist nötig, weil das Land Brandenburg in zehn Jahren rund 2,5 Milliarden Euro weniger Haushaltsmittel zur Verfügung hat. Gleichzeitig wird sich die Bevölkerung im Land deutlich verringern. Dies geschieht allerdings regional extrem unterschiedlich. Rund um Berlin und vor allem in Potsdam wird es einen Anstieg der Einwohnerzahlen geben. In den Randgebieten des Landes, besonders in der Prignitz und in der Lausitz wird der Rückgang umso drastischer ausfallen. Darauf muss die Gesellschaft zwangsweise reagieren.

Der Entwurf der Polizeireform sieht eine Reduzierung von derzeit 8 900 auf 7 000 Polizisten vor. Gleichzeitig sollen die Strukturen gestrafft werden. Es wird nur noch ein Polizeipräsidium, wahrscheinlich in Potsdam, und vier Polizeidirektionen geben. Eine davon soll in Cottbus errichtet werden und die südlichen Landkreise verwalten. Zurzeit hat das Land 50 Polizeiwachen im 24-Stunden-Dienst. Zukünftig wird es wahrscheinlich nur noch 15 Wachen in dieser Form geben, es könnten aber auch einige mehr sein.

Auf den Straßen soll es 2020 nicht weniger Polizisten geben als heute. Leider sieht man jetzt schon keinen Polizisten mehr zu Fuß in unserer Stadt. Der letzte polizeiliche Fußgänger wurde vor mehr als zwei Jahren in den Ruhestand versetzt.

Warum wird aber von den oben genannten Herren nun so ein Geschrei veranstaltet? Zuerst natürlich, weil CDU und FDP in Brandenburg in der Opposition sind. Als

## Die Angstmacher sind los

der Innenminister noch Schönbohm hieß, gab es keinerlei öffentliche Kritik an den bereits durchgeführten Polizeireformen. Niemand aus der CDU kritisierte etwa das hohe Durchschnittsalter der Polizei von heute 47 Jahren. Niemand beschwerte sich bei Schönbohm, weil er die an der Polizeischule des Landes ausgebildeten Polizisten nicht in Brandenburg in den Polizeidienst übernahm. Die neue Landesregierung hat bereits jetzt beschlossen, dass alle bis 2020 in Brandenburg ausgebildeten Polizisten in den gehobenen Polizeidienst übernommen werden. Gleichzeitig werden mindesten 100 Polizisten des mittleren Dienstes jährlich die Chance haben, ebenfalls in den gehobenen Dienst aufzusteigen. Dies sichert in den nächsten Jahren eine faire Bezahlung der Polizei im Land Brandenburg.

Die Reduzierung der Wachen bedeutet nicht automatisch, dass diese Standorte geschlossen werden. Viele Wachen werden als Reviere erhalten bleiben, die dann nicht mehr 24 Stunden am Tag besetzt sind, aber bei denen der Bürger zu bestimmten Öffnungszeiten Polizei vorfinden wird. Schon heute werden die Einsätze zentral koordiniert. Wenn sie als Bürger zum Telefon greifen und 110 wählen, erreichen sie nicht etwa den Polizisten in der Forster Wache, sondern die Einsatzzentrale in Frankfurt (Oder). Von dort wird dann das am schnellsten verfügbare Einsatzfahrzeug in Marsch gesetzt. Bei diesen Besatzungen ist laut Kommissionsbericht keine Reduzierung geplant.

Warum also so ein Geschrei? Weil der Bürgermeister dann angeblich keinen Ansprechpartner mehr vor Ort hat und weil ein Telefongespräch nach Cottbus auch so viel komplizierter ist als ein Anruf in Forst. Es ist auch nicht damit zu rechnen, dass die jetzigen Leiter der Wachen aus dem Landkreis Spree-Neiße in die Prignitz versetzt werden. Die lokale Kompetenz bleibt mit Sicherheit in der Region.

Warum werden die Bürger so massiv verängstigt? Die Kriminalität in Brandenburg, auch die in Forst und im Kreisgebiet, hat sich deutlich verringert. Deutlich angestiegen ist allerdings die Zahl der Diebstähle. Doch wann war denn bisher ein Polizist zur Stelle, wenn ein Fahrrad gestohlen oder eine Gartenlaube ausgeräumt wurde. Wenn jemand einen Täter auf frischer Tat ertappt, wird die Polizei auch zukünftig zügig erscheinen. Wenn man eine Anzeige nach einem Diebstahl aufgeben muss, wird dies zukünftig schon in den entsprechend ausgestatteten Polizeifahrzeugen möglich sein.

In Forst haben wir neben der Landespolizei eine von drei Bundespolizeiinspektionen in Brandenburg. Die Polizeidichte hier ist also viel höher als in anderen Regionen des Landes. Bei Gefahr im Verzug und bei grenzüberschreitender Kriminalität wird auch die Bundespolizei ihre Aufgaben erfüllen müssen. Im Rahmen der Reform sollten Land und Bund gemeinsame Sicherheitskonzepte entwickeln. Im Notfall ist es nicht wichtig, welcher Polizist kommt, sondern dass überhaupt einer erscheint.

Sicherheit wird aber nicht nur durch die Polizei gewährleistet. Auch das Ordnungsamt hat umfangreiche Pflichten zu erfüllen. Bei der Jagd nach Parkverstößen funktioniert dies auch ganz gut. Wenn es um die Durchsetzung des Alkoholverbotes am Bahnhof und am Kaufland geht, ist von der Ordnungsbehörde meistens nicht viel zu sehen. Die Stadtverordneten haben auf Vorschlag des Bürgermeisters mehrheitlich das Alkoholverbot beschlossen. Nur durchgesetzt wird es nicht. Wer Verordnungen erlässt und dann nicht einmal annähernd für ihre Umsetzung sorgt, der sollte dringend vor der eigenen Rathausstür kehren, bevor er nach mehr Polizeipräsenz ruft.

**Ingo Paeschke**  
Fraktionsvorsitzender

## Antrag der LINKEN hat es schwer im Kreistag

**Ein von der Arbeitsgruppe »Soziales« entwerfener und von der Kreistagsfraktion der Linken überarbeiteter Antrag war für die Kreistagssitzung am 15. September 2010 eingebracht worden.**

Der Inhalt der Beschlussvorlage richtete sich gegen die gegenwärtige Praxis des Eigenbetriebes Grundsicherung für Arbeitssuchende, dass bei der Verhängung von Sanktionen gegenüber Hartz-IV-Empfängern ein Verweis auf »Die Tafeln« erfolgt. Der Antrag wurde vom Fraktionsvorsitzenden, Diethelm Pagel, ordnungsgemäß in den Kreistag eingebracht. Als der Antrag in der Beratung des Kreisausschusses zur Diskussion stand, hat Diethelm Pagel ihn jedoch von der Tagesordnung genommen. Was war passiert? Die Verwaltung hatte den Antrag von der Links-Fraktion

»überarbeitet« und so den Abgeordneten für die Beratung im Kreisausschuss zugeschiekt. Der Antrag ist den Abgeordneten jedoch nicht, wie sonst üblich, mit Beschlussempfehlung und Begründung zugegangen, sondern die Verwaltung hatte den von der Links-Fraktion formulierten Antrag genommen und drei Seiten Stellungnahme angehängt. Die Begründung der Links-Fraktion fehlte gänzlich. Als nun am 01. September 2010 dieser Antrag in der Beratung des Kreistagsausschusses behandelt werden sollte, wurde dieses Vorgehen der Verwaltung vom Vorsitzenden der Links-Fraktion, Diethelm Pagel, kritisiert und um Stellungnahme gebeten. Herr Kostrewa, als verantwortlicher Dezernent, hat sich im Namen der Verwaltung für diese Vorgehensweise entschuldigt. Er tat

dies auch in der Kreistagssitzung am 15. September 2010, bei der dieser oben genannte Antrag eigentlich behandelt werden sollte. Durch den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN wurde bereits in dieser Kreistagssitzung darüber informiert, dass der Antrag zum Umgang mit Sanktionen gemäß § 31 SGB II für die nächste Kreistagssitzung neu eingebracht wird. Zuvor soll er, diesmal jedoch korrekt mit der Begründung der Fraktion, im Gesundheits- und Sozialausschuss, im Jugendhilfeausschuss, im Werksausschuss des Eigenbetriebes »Grundsicherung für Arbeitssuchende« sowie im Kreisausschuss beraten werden. Am 1. Dezember 2010 wird somit endlich über diesen Antrag abgestimmt.

**Uwe Neuer**  
AG Soziales

## Newsletter

### HRE – Hasardeure, Raffkes, Erpresser

»Die HRE (Hypo Real Estate) erweist sich als Fass ohne Boden. Inzwischen hat sie über 140 Milliarden Euro an Staatsgarantien und Bürgschaften verschlungen. Das ist fast ein halber Bundeshaushalt«, erklärt Dietmar Bartsch zu den neuerlichen Plänen, 40 Milliarden Euro dieser Bank zur Verfügung zu stellen. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Die neuerliche ‚Gesundstoßung‘ der HRE erfolgt letztlich zu Lasten der Steuerzahler, während Arbeitslose und Rentner zur Kasse gebeten werden. Es ist inakzeptabel, dass mit Minuten-deals am Parlament vorbei solche Summen bereitgestellt werden. Keiner weiß genau, wie viele Milliarden die Hasardeure, Raffkes und Erpresser der HRE nach ihrem selbstverschuldeten Agieren demnächst fordern, um ihre ‚Liquiditätspässe‘ auszubügeln. Diese Bankenhilfe nach Gutherrenart wird immer mehr zum Demokratieengpass.«

11.09.2010

### Klimaschutz darf nicht zu Lasten der Mieter gehen

»Die Bundesregierung versagt klima- und sozialpolitisch auf ganzer Linie«, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, angesichts der Berechnungen des Mieterbundes zu den finanziellen Folgen der von der Regierung geplanten Gebäudesanierung. »Die Mieter mit über hundert Euro pro Monat mehr Warmmiete belasten und zugleich die Programme für Gebäudesanierung infrage stellen: Wirksamer Klimaschutz sieht anders aus.« Dagmar Enkelmann fährt fort:

»Seit dem Klimagipfel in Kopenhagen, zu dessen Scheitern die Bundesregierung maßgeblich beitrug, vollzieht Schwarz-Gelb auch auf diesem Gebiet einen unsozialen Kurswechsel. Die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen werden mehr und mehr bei den privaten Haushalten abgeladen, die Wirtschaft bleibt außen vor. Verschärft wird das noch mit der Streichung der Heizkostenzuschüsse des Bundes. Die Folgen für die Bürger liegen auf der Hand. Eine moderne Wohnung wird zum Luxusgut – und wer sich nur unsanierten Wohnraum leisten kann, zahlt dann bei den Heizkosten drauf.«

30.09.2010

## Es stellt sich vor:

### Reinhard Koschnick – sachkundiger Bürger



Mein Name ist Reinhard Koschnick und ich wurde am 27.01.1953 in Forst geboren. Nach der Flucht meiner Eltern in den damaligen Westen im Jahr meiner Geburt bin ich in der Bundesrepublik aufgewachsen. Hier erlernte ich

nach meinem Dienst in der Bundeswehr den Beruf des Estrichlegers und schulte später zum Psychotherapeuten in der Heilpraktikerschaft um. Ich bin alleinerziehender Vater von drei, inzwischen großen, Kindern. Seit 2003 lebe ich nun wieder in meiner Heimatstadt Forst. Seit 2006 bin ich sachkundiger Bürger im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales. Im Jahr 2008 wurde ich von der Partei DIE LINKE als Sachkundiger Einwohner benannt. Diese Partei steht nicht für »08/15«-Politik, sondern ist kommunalpolitisch sehr aktiv und bewegt vieles. – Als sachkundiger Bürger unserer Stadt habe ich viele Möglichkeiten, mich aktiv an der Gestaltung unseres Gemeinwesens in Forst zu beteiligen. So bereite ich die regelmäßige Durchführung des Gesundheitstages mit vor und erreichte durch mein aufmerksames Handeln, dass die Anlaufstrecke auf dem 10-m-Turm im Forster Freibad verkürzt wurde, um Gefahren zu verhindern. Sollten Sie ein persönliches Anliegen haben, bin ich gern bereit, mich dafür einzusetzen. Kontakt: Geschäftsstelle der LINKEN, Max-Seydewitz-Platz. **Reinhard Koschnick**

## PINNWAND

### Termine

Geschäftsstelle Berliner Str. 22  
jeweils um 18:30 Uhr  
26.10.: Ortsvorstandssitzung  
08.11.: AG Malxe-Blatt  
09.11.: Sitzung Stadtfraktion  
10.11.: AG »Soziales«  
16.11.: Ortsvorstandssitzung

### Geburtstage

13.11.: 88 Jahre Werner Pötzsch  
22.10.: 67 Jahre Johanna Spaarschuh

*Herzlichen Glückwunsch  
unsere(n) Jubilaren.. auch all jenen,  
die hier nicht genannt sind!*

### Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät  
am **Sonntag, dem 06.11.,  
um 14 Uhr** in der  
Geschäftsstelle der LINKEN,  
Berliner Straße 22.

**Terminvereinbarung:**  
telefonisch oder persönlich  
jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr.  
☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

**Beratungsgebühr 10 €.**

## Neues aus Wiesengrund

Liebe Leserinnen  
und Leser

des Malxe-Blattes,  
da viele Leserinnen und Leser in den gemeindlichen Außenbereichen der Stadt Forst, unter anderem im Amt Döbern-Land wohnen, sollen hier in Zukunft wichtige Entscheidungen der Gemeindevertretung Wiesengrund erläutert werden.



Dazu möchte ich mich kurz vorstellen. Mein Name ist Andreas Beckmann, ich bin Gemeindevertreter der Gemeinde Wiesengrund und Ortsvorsteher des Dorfes Jethe/Smarso. In der Funktion als Gemeindevertreter gehöre ich dem Finanzausschuss sowie dem Abwasserausschuss der Gemeinde an.

Linke Politik zu vertreten, auch außerhalb der großen Parlamente, ist eines der Anliegen, die mich bewegen, im Jahr 2008 für die Gemeindevertretung sowie den Ortsbeirat zu kandidieren. Die Probleme der Menschen wahrzunehmen, sich ihnen zu stellen und gemeinsame Lösungen zu finden, das ist das Ziel meiner ehrenamtlichen Tätigkeit.

In der nächsten Ausgabe des MB soll über den Beschluss der Gemeinde zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf das Amt Döbern-Land, den SWAZ und die damit verbundenen Hindernisse für die Gemeinde berichtet werden.

**Andreas Beckmann**

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst  
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

**Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)**  
**E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)**

**Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.**